

die volle Gleichberechtigung im Völkerbund haben, sind wir in der Lage, im Bunde für die Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeitersklasse zu wirken. Es darf nicht so sein, wie im Internationalen Arbeitsamt, wo wir sehr viel zu zahlen haben, wo aber die hervorragenden Stellen von anderen Nationen besetzt sind. Über den Einnes-Vertrag haben wir uns im Auswärtigen Ausschuss ausgesprochen. Wir befürworten, daß es trotz den Bestrebungen verschiedener deutscher Ministerien zur Beendigung der Notlage in den verschiedenen Gebieten nicht fröhlich möglich war, zu einem Abkommen auf anderer Grundlage zu kommen. Aber es liegt doch auch daran, daß die französische Regierung früher einfach nicht wollte. Diese Entwicklung war außerdem nur deswegen möglich, weil die französischen Bewegungslosen von Moskau gepflegt waren und die französische Arbeitersklasse absolut machtlos diesen Dingen gegenüberstand. Wenn ich aber daran denke, mit welcher Leichtigkeit immer von uns verlangt wurde, unsere Stellung in der Regierung aufzugeben, so muß ich sagen, daß das einzige, was wir mit dieser Politik erlangen würden, wäre, daß an Stelle des wirtschaftlichen Einnes-Abkommens ein politisches treten würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenkel hat gewünscht, daß wir eine aktiver Politik machen und daß diese aktiver Politik nach der Einigung kommen müsse. Aber auch wenn wir vereinigt sind, werden noch lange nicht alle Hindernisse überwunden sein. Dafür nur zwei Beispiele: den Kampf um die Gewerbeumlage und die Schutzgebühr für die Republik haben wir Schalter an Schalter mit den Industriegeselln geführt. Auch unsre Genossen müssen einsehen, daß unsre Macht an gewissen tatsächlichen Verhältnissen ihre Grenze hat. Es wurde gefordert, daß wir die Hemmungen etwas zu früh seien. Das ist nicht so. Aber die Hemmungen stellen sich von selbst ein und wir müssen dann sehen, bis zu welchem Grade wir sie überwinden können. Der Kampf um den Abschluß des Steuerkommisses war einer der unangenehmsten Kämpfe, die ich mitgemacht habe. Ich glaube nicht, daß wir mehr hätten erreichen können, als wir erreicht haben. Wenn wir immer denen gefolgt wären, die rohe Kritik nicht haben, hätten wir sehr oft den Rücktritt aus der Regierung vollzogen müssen. Das würde dann zum Alibi-Mittel für politische Schwierigkeiten werden. (Heiterkeit!) Damit wäre aber der Arbeitersklasse nicht gedient. Wir brauchen eine gewisse Stetigkeit in der Politik. (Sehr richtig!) Wenn wir dauernd aus der Regierung herausgehen und eine Oppositionspolitik machen, so finde das vielleicht bei den Menschen hier und da Anfang, aber das wäre eine Politik, die der deutschen Bourgeoisie und den deutschen Kapitalisten zugute kommen würde. Die Partei kann nicht auf die Dauer das Schild der Republik der Deutschen Volksarbeiter und dem Zentrum überlassen, die von den Deutschnationalen unterstellt werden müssen, wenn sie die Freiheit erhalten wollen. (Beifall)

Nachmittagssitzung

Vorsitzender Weiß eröffnet die Verhandlungen kurz nach 8 Uhr.

Schäfer, Saarbrücken: Wir im Saargebiet würden anstreben, in dem Augenblick, wo wir würden, daß Deutschland im Völkerbund wäre. Die Methode allerdings, mit denen der Völkerbund das Saargebiet verwaltet, spottet jeder Beschreibung. Das Saargebiet bildet nach dem Auscheiden Österreichs die wichtigste territoriale Krone Deutschlands. Es wird verhindert, daß Vertreter der Partei, Gewerkschaften und auch Wissenschaftler nach dem Saargebiet kommen, um dort zur Propagierung zu sprechen. Im Namen des Völkerbunds, der auf der Basis der Demokratie aufgebaut ist, wird das demokratische Prinzip auf das schauderhafte vergewaltigt. Als Erzberger ermordet worden war, wollten wir eine Demokratisierung überall machen. Sie wurde und aber verhindert mit der Verbindung, daß es im Saargebiet nichts angehe, was in Deutschland geschieht. Nach dem Rathenau-Mord wurden uns dieselben Schwierigkeiten gemacht. Wir haben diesmal aber unsern Willen durchgesetzt. Um Verfassungssünde hätte die Sozialdemokratische Partei die Reichsflagge. Die französische Polizeiverwaltung hat das verboten. Wir haben uns das nicht verbieten lassen und verlangt, daß zwischendurch die beiden französischen Fahnen entfernt werden. (Sturm!) Es ist nicht wahr, wie Palour gesagt hat, daß im Saargebiet eine Freiheit gehabt wird. Wir mehren uns aber gegen die Unterdrückten, die an uns verläßt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind im Saargebiet, wo Frank und Marx zu gleicher Zeit im Umlauf sind, noch schlechter als in Deutschland. Während aber die Bevölkerung dort selbet, haben die Mitglieder der Regierungskommission noch dem heutigen Kursus 68 Millionen an Gehältern. Der Landesrat ist zur absoluten Obrigkeit verurteilt. Wir wollen das Saargebiet für Deutschland retten und wollen es deutsch und hoffentlich sozialistisch zurück haben. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Götsche, Dresden: Wir kämpfen weiter gegen die Offiziere, noch gegen die Unteroffiziere, noch gegen die Soldaten der Reichswehr, sondern gegen den Reichswehrgeist. Die Gewalttaten, die vorgekommen sind, wurden gerade von Mannschaften und den Unteroffizieren verübt, die darin ihre Lehrmeister, die Offiziere, übertroffen haben. Unsre Reichswehr ist nicht in der Lage, gegen die kleinen modernen Armeen auch nur irgendwelchen kleinen Streitigkeiten zu führen. Sie bildet aber eine außenpolitische Gefahr dadurch, daß im Auslande der Eindruck entsteht, als wolle man

in der Reichswehr Sabotage sammeln für einen Revanchekrieg. (Lebhafte Beifall.) Ich bin davon überzeugt — und das weiß das Ausland —, daß die bestreiten Massen von der Reichswehr nicht nur für den inneren Feind gebraucht werden sollen. Für uns ist die Reichswehr kein Instrument, um innen zu verteidigen. Bei den Märzunruhen im Jahre 1923 hat es sich bewiesen, daß die Schutzpolizei in dieser Hinsicht viel besser ist als die Reichswehr. Und wir danken es Tschirner, daß er daraus bestanden hat, daß die Reichswehr in Mitteldeutschland nicht eingesetzt worden ist. Stetigkeit in der Politik ist gut, doch darf diese Stetigkeit nicht dazu führen, daß wir uns von den anderen Koalitionsparteien alles gefallen lassen und unsre Politik schließlich zur Politik der Arbeiterschlankheit wird. Wenker wünscht zum Schluß, daß die Rechte des Reichspräsidenten mit Bezug auf die Verhängung des Ausnahmezustandes festgelegt werden, besonders im Hinblick auf die Neuwahl des Reichspräsidenten und auf den Wahlzettel von Ausnahmestimmungen durch einzelne Gliedstaaten.

Helene Grünberg, Nürnberg: Die Ausgaben für Wäsche sind unterschiedlich. Das ist eine Kultur- und Gesundheitsfrage. Die Reichsflaggenaktion soll alles verschaffen, was in ihren Rechten steht, um gegen diesen ungeheuren Bucher vorzugehen. (Sehr richtig!) Beide haben wir noch immer kein Gesetz für die Hausangestellten.

Pietz, Dresden: Beider Verfehlung die Massen nicht die Reaktionen, die auf dem Gebiet der Sozialpolitik gemacht wurden. Die Bestimmung eines höheren Prozentsatzes für die Auszahlung des Gewerbes halte ich für gerecht. Dringend notwendig ist eine Verbesserung unseres Schriftgutgeschäftes.

Dr. Leber, Löbau: Es herrscht in der deutschen Presse eine merkwürdige Bewirrung darüber, was die französische Politik eigentlich will. Aber in Frankreich besteht darüber die gleiche Unklarheit. Zwei Biele haben die Franzosen: die deutsche Kriegsindustrie so lange niedrigzuhalten, bis Frankreich ebenbürtig ist, und das Ziel Tardieu. Weltmachtpolitik für Frankreich zu betreiben.

Germann Müller spricht sich gegen einen Antrag aus, der die sofortige Entfernung Schellers verlangt, weil es unmöglich ist, dieses Verlangen durchzuführen, solange die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht abgeschlossen sind.

Genosse Georg Schmidt, Köpenick, äußert dann im Zusammenhang mit der letzten Rede des Genossen Adolf Braun, daß, wenn die Planwirtschaft eingeführt werden muß, sie für alle einzuführen ist, nicht aber für die Landarbeiter allein.

Bogel, Nürnberg (Schlußwort): Die Kritik, die an der Freiheit geübt wurde, war wohl mehr als der Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, die wir in Deutschland haben. Bei der Kritik an der Kritik wurde vielfach vergessen, daß wir in der Minderheit im Reichstage sind. Bei einer Kritik der Reichswehr dürfen wir nicht vergessen, daß die Arbeiterschaft selbst einen nicht geringen Teil Schuld daran hat, wenn die Reichswehr heute in der Reichswehr sehr stark vertreten ist. (Sehr wahr!) Wenn sich wirklich ein Arbeiterschaft versteckt hat, der in die Reichswehr hineingegangen ist, dann wurde er als Bluffkund, als Arbeiterschwärmer bezeichnet. (Sehr gut!) In Bezug auf die Koalitionsarbeit bitten wir, es bei dem zu lassen, wie es im vorigen Jahre in Görlitz beschlossen worden ist. Jedes einzelne Mitglied der Fraktion ist bereit, in vollem Maße seine Pflicht zu erfüllen. Die Fraktion muß aber vom Vertrauen der breiten Massen geführt und gehörkt werden. (Beifall.)

In den nun folgenden Abstimmungen wird zuerst der Antrag des Parteivorstandes gegen den Scherzmittelwuchs angenommen.

Zur Republikanisierung der Reichswehr wurde beschlossen:

1. Der Verteilung erwartet von der Reichsflaggenaktion, daß sie der Republikanisierung der Reichswehr die schriftliche Zustimmung zuwenden wird. Der im Dienste der bewaffneten Macht stehende Staatsbürger muss zum Verantwortungsbewußten Glied des Volkes erzogen werden, das zur äußersten Hingabe für den Schutz der Republik bereit ist. Die Wehrmacht der Republik darf keine Gefahr für den inneren und äußeren Frieden bedeuten und muß so aufgestaltet sein, daß zwischen ihr und den republikanisch gesinnten Volksmassen ein Verhältnis vollkommenen Vertrauens möglich wird.

2. Die Aufzehrung der außen- und innerpolitischen Verhältnisse zwinge zur schriftlichen Bedachtnahme der Reichswehr, die nach wie vor ein Fremdkörper in der Republik ist. Die Reichsflaggenaktion hat mittlerweile die sozialdemokratischen Parteien überzeugt, daß darauf zu dringen, daß die inzwischen vorbereitete Umbildung der Reichswehr in eine republikanisch zuverlässige Truppe durchgeführt wird.

Weiter wurden Anträge angenommen gegen die realistischen Umtriebe in Bayern, für ein Verbot der Schwarzwehrtrachten sowie und für die Einführung der Reichsflagge als Zeichen der Reichswehr sowie der Kriegs- und Handelsflotte. Zur Freiheit der Steuerzusage ist erzählt, daß der Verteilung die Reichsflaggenaktion von der Reichsregierung die schlechte Vorlage eines Programms für die Finanzierung des Wohnungsbaus in den kommenden Haushaltspogone und -Pläne gegen den Haushaltsschreiber zu verlangen. Weiter fordert der Verteilung die Reichsflaggenaktion auf, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die sozialpolitischen Gesetze, die die Leistungen für die Kriegsopfer, die Opfer der Arbeit

die Kranken usw. regeln, schleunigst mehr als bisher bei jedem Verhältnis angepaßt werden. Einstimig angenommen wurde ein Antrag des Parteivorstandes betr. den Schutz der Republik, die Demokratisierung der Verwaltung und die Abfindung der Fürstenhäuser. Vorgeschlagen wurden darauf weiter noch Anträge, die die Einführung des 1. Mai, des 11. August und des 9. November als gesetzliche Feiertage fordern und die Aufhebung der Wahl- und Pettagage verlangen. In einem weiteren Beschuß erläutert der Verteilung, daß er die Sozialisierung des gesamten Bergbaus für eine Lebensfrage des wirtschaftlichen Sozialen der deutschen Republik hält und appelliert an die gesamte deutsche Arbeitersklasse, alle Kräfte zusammenzufassen, um diese dringliche Lebensfrage endgültig zu lösen. Für Löbau, Cottbus und schnellstens wird schriftlich verlangt und die Fraktion beantragt, die Regierung zu veranlassen, daß ausreichende Mittel zur Bindung der Art der überreichen Bergbaus bereitgestellt werden. Einstimig angenommen werden schließlich noch Anträge gegen den Rüstbaumuster, gegen die ungünstigen Belehrungsgutachten im westlichen Gebietsteil der deutschen Republik und gegen die Gedenkfeiern aus dem Zweiten Weltkrieg, die das wirtschaftliche Leben Deutschlands weit übersteigen. Der Völkerbund-Antrag läßt sich einstimmig annehmen. Eine große Reihe von Anträgen wird der Fraktion als Material überrieben. Abgelehnt werden Anträge, die die grundfeste Verneinung jeder Koalition mit der Volkspartei verlangen. Ein Antrag, der verlangt, die Partei solle mehr den Anteil nach links suchen, wird durch die Tatfrage als überholt bezeichnet. Darauf werden die Verhandlungen auf Donnerstag, 11 Uhr, verlängert.

Anträge des Parteivorstandes

Der Parteivorstand hat dem Verteilung einen Antrag vorgelegt, der sich mit dem Schutz der Republik, der Demokratisierung der Verwaltung und Abfindung der Fürstenhäuser befaßt. Der Antrag lautet:

Der Schutz der deutschen Republik

gegen jeden monarchischen Angriff durch Errichtung der breiten Massen des Volkes zu demokratischer und republikanischer Staatsgründung und durch Stärkung der proletarischen Kampffront zur Abwehr der nationalistischen Werbepropaganda ist die dringendste Aufgabe der nationalsozialistischen Werbepropaganda. Für die kraftvolle Durchführung des Gesetzes zum Schutz der Republik wird die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft in allen von ihr vertratenen politischen Kräften einsetzen. Vor allem ist es notwendig, den staatlichen Verwaltungsvorstand dem Einfluß der monarchischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden sozialistischen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig. Der Verteilung bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Ausbeutung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungünstige Lage wird immer mehr zur Verhinderung der sozialistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Freiheit dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Lieber die keine Personalauswahl in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsbürokratie aller Bevölkerungskreise zur Beamtelaufnahme. Ausdehnung der Selbstverwaltung unter

Die Einigung beschlossen

Augsburg, 21. September. (Fig. Drabkam.) Der Augsburger Parteitag nahm heute vormittag das Referat des Parteivorsitzenden Otto Wels über "Die Internationale und die Einigung des Proletariats" entgegen. Nach der Rede Wels kam es zu einem bewegten Auftritt. Genosse Kravolz, Hannover, wollte in der Diskussion sprechen. Im selben Augenblick aber erhob die große Mehrheit des Parteitages stürmischen Protest. Man wollte ohne Diskussion zur Abstimmung kommen. Ein Antrag auf Schluß der noch nicht eröffneten Debatte wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die Genossen Wels und Hermann Müller versuchten die Delegierten davon zu überzeugen, daß ihr Verhalten geschäftsfördernd unmöglich unzulässig sei. Aber alle Appelle nutzten nichts. Der Parteitag nahm nochmals mit großer Mehrheit einen Antrag auf Schluß der Debatte an. Genosse Kravolz verzichtete darüber, daß er nicht gegen die Einigung sprechen wollte. Wenn auch auf dem Parteitag einer oder der andre Genosse Bedenken gegen die Einigung vorgebracht hätte, so ist doch kein Gegner der Einigung anwesend. Das beweist die Tatsache, daß sämtliche Anträge, die sich mit der Einigung beschäftigen, einstimmig und unter stürmischen Beifall angenommen wurden. Mit dem Referat der Genossin Reihe, Hamburg, über den Kampf der Sozialdemokratie und die soziale Stellung der Frau nahm die Vormittagssitzung ihr Ende.

Der Sanierungsplan für Österreich

Graz, 19. September. In der Dienstagsitzung des zum Studium der österreichischen Frage eingeführten Komitees unter dem Vorsitz Lord Balfours wurden die sich aus dem Bericht der Unterkommission für Finanzen ergebenden positiven Maßnahmen vorgebracht. Die Vorschläge wurden angenommen. Der vom Komitee angenommene Plan umfaßt folgende:

Hauptpunkte:

1. Garantie der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit Österreichs sowie die Gegenverpflichtung Österreichs, keine mit den finanziellen Verpflichtungen gegen die Kreeditgeber und garantierenden Mächte in Widerspruch stehenden Verträge abzuschließen.

2. Die Begebung einer einheitlichen Anleihe von 520 Millionen Kronen in Gold, für die jede der sich anschließenden Mächte eine prozentuell bestimmte Garantie übernimmt.

3. Ausarbeitung eines Programms innerer finanzieller Reformen Österreichs mit weitgehenden Vollmachten für die Regierung und Annahme dieses Programms durch das Parlament, ferner Einleitung einer Kontrollkommission des Kölnerbundes, die die Durchführung dieses Programms zu überwachen und die den Gläubigern zu gewährbenden Sicherheiten zu kontrollieren hat.

Der angenommene Bericht der Unterkommission für Finanzen schließt mit dem Hinweis daran, daß Österreich, wenn es seine Sanierung durchführen will, nicht fortfahren dürfe, mehr zu konsumieren als zu produzieren, und daß es daher ein schwereres Jahr wird durchmachen müssen als das vergangene. Über Österreich könne es nur auf die Weise vermeiden, daß es binnen kurzem in einen Zustand des Glends versinke, wie er nun in Rußland besteht. Dagegen sichere die sofortige Eingriffnahme der notwendigen Reformen Österreich eine bessere Zukunft.

Die Entscheidung der Regierungen in der Gorontisfrage wird für Beginn der nächsten Woche erwartet.

Dazu schreibt die Wiener Arbeiterzeitung: Scheitert die Sanierung, dann bricht das bürgerliche Regime schmachlich zusammen, die Prätendentenregierung ist dann mit ihrem Rückenlatein zu Ende und die Herren, die sich jetzt so stolz und selbstbewußt gebärden, werden dann sehr bald sehr klein werden. Bringt Genf gegenüber den Kreedit, dann rückt die Frage in den Vordergrund, ob wir die Bedingungen des Kreedit, vor allem die Forderungen über die Kontrolle unserer Staatswirtschaft durch die ausländischen Mächte, annehmen können. Wie sich die Herren in Genf diese Kontrolle vorstellen, ist noch nicht bekannt. Nach allem, was man hört, sieht es nicht eben so aus, daß sie sich damit, was man allenfalls zugeschrieben könnte und in der Tat in der vor mir, wohl zu gestehen mächtig, mit der bloßen Überredung des Binsenfinkes für die Kreedit, bescheiden wollen. Die Gesamt ist groß, daß sie nichts weniger verlangen, als daß wir die Selbstständigkeit unserer Gesetzgebung und unserer Verwaltung zugunsten einer allmählichen ausländischen Kontrollkommission preisgeben und eine Kommission, aus einem paar ausländischen Diplomaten und Bankiers zusammengelegt, zu unserm wirklichen Herren einzutreten sollen. Und das freilich dürfen wir trotz aller Not nicht annehmen, dem uns nicht unterwerfen. Denn das wäre das Ende unserer Freiheit, das Ende unserer Zukunft. Wir wären keine Republik mehr, in der das Volk sich selbst durch seine frei gewählten Vertreter die Gesetze gibt und die Regierung einsetzt; wir wären eine Kolonie, von ein paar ausländischen Diktatoren beherrscht, deren republikanische Verfassung zu Schein und Trug würde. In wenigen Tagen werden wir wissen, ob Genf uns zum Kampf gegen diese größte aller Gefahren ginge. So nahen uns, im Falle des Erfolges, wie im Falle des Scheiterns der Genfer Verhandlungen, politisch wie wirtschaftlich, die größten, folgenschweren Entwicklungen. Sie werden die Arbeiterklasse bereit finden.

Sächsische Angelegenheiten

Landtagskandidaturen in Sachsen

Eine bürgerliche Korrespondenz hatte u. a. mitgeteilt: Die Kommunisten werden in Ostholstein voraussichtlich Lehrer Schrapel an erster Stelle bringen, ferner den Vertrauensmann der Moskauer Aha. Rennert. Dagegen dürfen Siemert und Ebert von der Bildfläche verschwinden. In Westholstein werden sie Böttiger als Listenführer aufstellen. Dazu bemerkt das kommunistische Volksblatt: "Der bürgerliche Schmarf benutzt jede Gelegenheit, um sich zu blamieren, so gut er kann." Lehrer Schrapel, Dresden, teilt außerdem zu dieser Meldung mit, daß die Listen seiner Partei noch nicht festgestellt sind; jedenfalls sei sein Name unter den bereits in Aussicht genommenen Namen nicht enthalten. — Auch über die Kandidatenlisten unter Partei und der U.S.P. sowie über die Einheitsliste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei beröhrten bürgerliche Korrespondenzen ausdrücklich allerlei ungereimtes Heug, obwohl diese Einheitsliste noch gar nicht endgültig feststeht. Die falschen oder mindestens ungenauen Meldungen sind darauf zurückzuführen, daß es gewisse übertriebne bürgerliche Journalisten, die den andern immer um eine Riesenlänge voraus sein möchten, nicht unterlassen können, die Welt mit ihrer "Fingertippe" zu überraschen, auch wenn dieses Bemühen auf Kosten der Gewissheit und Gewissenhaftigkeit geht. Kurz

Parteitag der U.S.P.

Wien, 20. September. (Fig. Drabkam.)

In dem festlich geschmückten Saal der Tonhalle begann am Mittwoch, abends 8 Uhr, der letzte Parteitag der U.S.P.

Eröffnet den Parteitag namens der Zentralleitung mit einem warm empfundenen und wütungsvollen Ratschlag auf Heinrich Dietz und Otto Hue. Er bespricht dann die innerpolitische Entwicklung Deutschlands in den letzten Monaten, insbesondere seit der Ermordung Rathenaus. Die Reaktion führt zu einem Generalsturm, der seinen Auslast erleben wird, wenn der Reichstag wieder zusammentritt. Stinnes und die Deutschen vom schweren Kapital berichten

einen Angriff auf die Regierung

vor. Sie fordern vier der wichtigsten Ministerposten. In dem Vertrag stolzigen Stinnes und Huber ist die Mittlerstellung der deutschen und der französischen Arbeiterschaft aufgezeichnet, aber es sind bereits deutsche, französische und englische Arbeitervertreter zusammengeschlossen und warten auf ein eindringliches, doch in allen drei Ländern das Proletariat kämpfen mag, um Anteil an diesem Abkommen zu haben, um mitzuprägen und um die Macht des Proletariats in diesen Verträgen einzuschränken. Gegenüber den Angriffen der Kommunisten widerhält Thälmann die Selbststellung der Gewerkschaften, das Überzeugen in Verbindung steht mit einer zahnlosen Gewerkschaft, am besten Seite kommen zu unterscheiden. Der deutsch-nationalen Vertretung hat eine Kampfansage erlassen. In dem unausweichlichen Entscheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird der Kommunismus auf der Strecke bleiben. Traurig ist es, daß die Nationalen Helferlinien in den Kommunisten finden, wie wir das soeben bei den Würzburger Wahlen erlebt haben. Die Rolle Fahne hat über den Ausgang dieser Wahlen triumphiert, und in Braunschweig und Sachsen, überall stürmen die Kommunisten gegen die sozialistischen Regierungen an und trennen ebenso wie die Deutschnationalen die Reaktion auf. Wir müssen treu den Sozialismus, an dessen Zukunft wie fest glauben. Wir fühlen uns Manns genug, in welcher Zeit wie auch sind, gute bewährte Sozialisten zu bleiben. Keiner von uns gibt seine Überzeugung auf, keiner wideruft einer Tat, die er getan hat im Interesse des Proletariats. Stolz und aufrecht schreiten wir ein in die Brüderhand, die uns entgegen gestredt ist, um an der

Einigung des Proletariats

mit aller Kraft anzuwenden. (Aufforderung.) Das Proletariat ist in Not, die Reaktion rüstet. Helfen wir dem Proletariat. Geben Sie ein leuchtendes Beispiel der Selbstverlängerung, brüderlich wirken wir gemeinsam für die Sozialisten auf. Gleichzeitig wird die Gewerkschaften auf die Reaktion zu antworten.

Die Reaktion kann nur zerstören werden durch das einzige, was keinen bedroht und förmliche Proletariat. Das Massenbewußtsein, den Geist des Kämpfens wachzuhalten in allen Männern und Frauen aller Länder, das ist unsre Aufgabe. So schaffen wir ein unüberwindliches Proletariat, das nicht nur

genaue Liste wird durch unsre Presse, nicht durch bürgerliche Bureaus, zur rechten Zeit bekanntgegeben werden.

Der kommunistische Wahlkampf

Im Vogtland beginnen die Kommunisten den Wahlkampf mit der Sprengung sozialdemokratischer Versammlungen. In Delitzsch im Vogtländchen sprach am Sonnabend Genosse Hödel über die wirtschaftliche und politische Situation. Dabei sollte die Landtagswahl besprochen werden. Die Versammlung war überaus stark besucht. Gleich zu Beginn der Versammlung legten die kommunistischen Anhänger eine. Es gelang dem Referenten, die Versammlung zur Stille zu bringen. Etwa eine Stunde wurde aufmerksam zu gehört; einzelne Störer hatten keinen Erfolg. Der starke Eindruck der Rede Hödels und die starke Widerlegung der kommunistischen Parolen zeigten die Kommunisten zu tumultuosen Szenen. Die Versammlung muhte unter ungeheuren tumulten geflohen werden. Der Einberufer der Versammlung, Genosse Böhme, wurde von einigen Delitzscher Kommunisten tatsächlich angegriffen und erlitt leichte Kopfschüsse. Unsre Genossen verliehen daraufhin den Saal. So kämpfen die Kommunisten gegen die Reaktion im Landtagswahlkampf.

Ein Reißfall der Kommunisten

Die U.S.P., die in letzter Zeit äußerst rüdig auftritt, versucht am Dienstag auch in Brand-Erbisdorf I. Geschäft zu machen. Dazu hatte sie sich den bekannten Dauerkreis der Reichsbahner holt und verschiedene Versammlungen. Die Verhandlung war überfüllt, und der Sprecher glaubte, in 2½ Stunden Ausführungen die "Sozialerzäler" S.P.D. und U.S.P. gründlich diskreditiert zu haben. Sehr hatte er die Rednung ohne unsre Genossen gemacht; denn in der Aussprache traten ihm Genossen Böhme und ein unabhängiger Sprecher so eindrücklich entgegen, daß, als der Referent selbst um 1½ Uhr nachts sein Schlafsofort nicht beanstand, die Verhandlung fortfand und den Saal verließ, so daß Herr Hödel mit einem winzigen Häuslein Getreuer allein verblieb. Ein großes Gelächter rief es herbei, als man unsre Genossen Böhme eindringlich unterbrach, und der kommunistische Versammlungsleiter kurz entschlossen darüber abstimmen ließ, ob die Versammlung unsre Genossen weiterredeten lassen wolle, denn es stimmten für den kommunistischen Antrag, daß das Wort zu entziehen, nicht mehr als etwa 80 Personen. Bekannt sei noch, daß die Versammlung energisch die Anstrengungen der Kommunisten zurückwies und damit den Herren bedeutete, daß sie es satt habe, die Partei anhaltend beschimpfen zu lassen.

Das Ministerium des Innern hat den Oberregierungsrat bei dem Volksgerichtshof zu Dresden, Dr. Valentin, vom 1. Oktober 1922 ab zum Präsidenten des neuerrichteten Landeskriminalamtes ernannt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Tarifverhandlungen der Reichsangestellten

Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über den Neuaufschluß eines Tarifvertrages für die Angestellten des Reiches gehen außerordentlich langsam vor sich. Als Grundstück hatte die Regierung bei Beginn der Verhandlungen aufgestellt, daß die Angestellten im großen und ganzen wie die Beamten behandelt werden sollen. Diese Absicht hat sie bisher nur informell verwirklicht, als es sich um Schiedserstellung gegenüber den bisherigen Büßtümern, insbesondere bei der Eingruppierung und der Berechnung des Vergütungsfaktors handelt. Gleichzeitig schlägt sie jedoch gegenüber den Beamten, die die Beamten bereits seitens noch weitergehende Verschärfungen vor. Sie übersieht dabei vollkommen, welche außerordentlichen Vorteile die Beamten durch ihre Entstellung auf Lebenszeit, durch unbedingte Fortbildung des Gehalts in Krankheitstagen und durch ihre Alters- und Hinterbliebenenfürsorge besitzen.

Aber auch die den Angestelltenbezirksverbänden regelmäßig auferbundenen Rechte verleiht die Regierung auf dem Wege über den Tarifvertrag zu beschneiden. So weigert sie sich insbesondere, angestellten, daß die Angestellten bei der Eingruppierung der Angestellten in die Vergütungsgruppen gleichmäßig mitzustimmen haben. Ein Punkt, das diesen noch 8 Abt. 2 des Betriebsvertrages ungünstig macht. Sie will die Eingruppierung durch die Dienststellenleiter, betont Böckeler für die Angestellten ja hinreichend befriedigt. Aber nein meint lassen und den Angestelltenvertretungen, lediglich von den

Kämpfern, das siegen will, daß den Sozialismus zum Siege führen wird gegen alle Gewalten, die sich ihm entgegenstellen.

Zu Vorlieben werden einstimmig gewählt Wilhelm Voß, Gotha, und Wilhelm Dittmann, Berlin, die bereits auf dem Gründungsparteitag der U.S.P. in Gotha den Wahlkreis geführt haben. Es folgen Begehrungsbedenken des ausländischen Vertreter.

Eine sehr lange Rede hielt Friedrich Weber, Wien. Er erläuterte unter anderem, daß die bevorstehende Einigung in Deutschland die Internationale Arbeitsgemeinschaft für sozialistische Parteien in eine sehr schwierige Situation bringe, aber angesichts der jetzigen Lage nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern, die weit weniger eine revolutionäre, als eine kontrarévolutionäre Welle bringe, gegen die es zu kämpfen ginge, wolle und könne er nicht namens der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Einspruch gegen die Einigung erheben. Die Parteihälfte in Deutschland zeigt, daß sie wohl die beiden Richtungen in der Partei nebeneinander befreien können, von denen die eine den Tagesschlaf und die Gegenwartsfragen in den Vordergrund stellt, die andere aber die Zukunft, die kommt und kommt werden müssen. Die wahre Kunst der Politik sei es, den Kampf für die Tagessforderungen so zu führen, daß die Kampfsintese für die Zukunft für den Sozialismus nicht in den Hintergrund trete.

Darauf verzog sich der Parteitag auf Donnerstag früh 9 Uhr.

Wien, 21. September. (Fig. Drabkam.) In der heutigen Vormittagssitzung des unabhängigen Parteitages erstatzte Ludwig den Geschäftsbuchhalter des Vorstandes. Darin geht hervor, daß die U.S.P. D. zur Zeit über rund 200.000 Mitglieder und 48 eigene Zeitungen verfügt. Am 31. August war ein Kassenbestand von über halben Millionen vorhanden.

Dr. Wolf eröffnete den Bericht der Reichstagsfraktion. Bei der Besprechung der deutschen Justiz führte er aus, daß es nur noch in einem Lande eine so ausgeprägte Klasse ist wie in Deutschland, nämlich in Russland. Er verwies auf das Moskauer Todesurteil und rief den Parteitag zu gewaltigen Entschließungsversammlungen hin, als er darauf hinwies, daß die kommunistischen Männer noch die Ehre gehabt hätten, diese Todesurteile jüngst zu begründen. Während dieser Ausführungen konnten sich die kommunistischen Pressevertreter und der preußische Landtagsabgeordnete Scholz, die auf der Pressetribüne den Verhandlungen beiwohnten, nicht enthalten, zu lachen. Der Parteitag war über diese Gemeinde so entzweit, daß die Kommunisten den besseren Teil der Tropferei ermächtigt und den Saal verließen.

Dittmann konnte sich nur schwer Ruhe verschaffen und meinte, man solle diesen außerordentlichen Vorfällen, die das deutsche Proletariat als Rückenfeuer dienten, nicht allzu große Bedeutung beimessen. Damit war der Auftakt erledigt und Dr. Wolf konnte seinen Bericht beenden. Nach ihm sprach Herz über die Ernährungsfrage und Dr. Hilferding über die Reparation.

Auflösung des Proletariats

Die gesetzlichen Vorschriften, wonach einem Schwerverbrechungen nur mit Bestrafung des Hauptfürsorgeelterns rechtmäßig geahndigt werden kann, sind erneut bis zum 1. Januar 1923 verlängert worden. Bis dahin wird voraussichtlich das neue Schwerbeschädigtengebot, welches das gegenwärtig geltende Gesetz vom 6. 4. 1920 in wesentlichen Punkten ändert, in Kraft getreten sein. Der Entwurf des neuen Gesetzes ist bereits fertiggestellt und wird den gesetzgebenden Ältestenräten abhalb nach den Parlamentssitzungen zugetragen. Die in der Presse verbreiteten Nachrichten, wonach die neuen Bestimmungen bereits am 1. Oktober 1922 in Kraft treten sollen, beruhen auf einem Irrtum.

Auflösung des Proletariats für Schwerverbrechungen

Die gesetzlichen Vorschriften, wonach einem Schwerverbrechungen nur mit Bestrafung des Hauptfürsorgeelterns rechtmäßig geahndigt werden kann, sind erneut bis zum 1. Januar 1923 verlängert worden. Bis dahin wird voraussichtlich das neue Schwerbeschädigtengebot, welches das gegenwärtig geltende Gesetz vom 6. 4. 1920 in wesentlichen Punkten ändert, in Kraft getreten sein. Der Entwurf des neuen Gesetzes ist bereits fertiggestellt und wird den gesetzgebenden Ältestenräten abhalb nach den Parlamentssitzungen zugetragen. Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Der Dollar 1923, 25

Berlin, 21. September. (Amtlich)

	21. 9.	21. 9.	20. 9.	20. 9.
	Gulden	Brief	Gulden	Brief
Holland	100 Gulden 54831,8	54768,4	56288,8	56071,0
Dänemark	100 Kronen 24662,8	29787,0	30862,0	30438,0
Schweden	100 Kronen 37508,0	35596,9	35851,3	35949,6
Norwegen	100 Kronen 24088,0	24180,0	26118,5	25181,7
Delitzsch	100fin.Rarl 8006,10	8113,90	8186,—	8194,—
Schweiz	100 Franken 26117,3	26182,7	27815,9	27884,2
Wien (deutschl.)	100 Kronen 1.904,1	1.943	1.98	1.97
Ungarn	100 Kronen 4494,53	4505,66	4580,25	4580,75
Ungarn	100 Kronen 56,43	58,58	57,57	57,58
Brüssel-Kinnsberg	100 Franc 10119,77	10488,8		

Wirtschaftsfragen auf dem Gemeindetag

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages hatte zu einer außerordentlichen Sitzung für Dienstag im Rathaus zu Dresden eingeladen, um für die Gesamtheit der sächsischen Gemeinden bei der außerordentlich gespannten Wirtschaftslage zu einer Reihe Erörterungs- und andern Fragen Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Blüher, gab zunächst bekannt, daß die Aussicht, um ein möglichst preisbares Resultat zu erzielen, auf einige herausstechende Punkte, insbesondere Kartoffel- und Butterversorgung, Tätigkeit der Preisprüfungsstellen, Wiederbeschaffungspreis usw. beschrenkt bleiben solle.

I. Kartoffelversorgung.

Die Vertreter des Wirtschaftsministeriums führen aus, daß der Reichsernährungsminister leider auf Anregungen des sächsischen Wirtschaftsministeriums nicht in dem erforderlichen Maße eingesprungen sei, insbesondere das Umsagedebüts für Kartoffeln abgelehnt hat. Das Reich habe auch die Einführung von Preissperren abgelehnt. In den Ländern sollen lediglich, und zwar in Sachen bei der Preisprüfungsstelle, Kartoffelinflationskommissionen eingerichtet werden, damit eine ähnliche Übersteuerung des Kartoffelpreises stattfinden kann. Außerdem sollen die Tafte für Kartoffeltransporte herabgesetzt werden. Das Sächsische Wirtschaftsministerium werde auch beim Finanzministerium 200 Millionen Mark Verfügungsgeld zur Kreditversorgung für die Kartoffelversorgung fordern. Dieses Verfügungsgeld soll für Gemeinden und Kommunalverbände oder auch für Händler gegeben werden. In letzterem Falle aber nur, wenn die Gemeinden die Bürigkeit übernehmen. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums wird darauf hin, daß noch alle vorliegenden Nachrichten mit einer reichsweiten Kartoffelernte gerechnet werden können. Seine Bedeutung soll ist eine Nachricht der Großraumgesellschaft deutscher Konsumvereine vom 12. September d. J. an das Wirtschaftsministerium, worin mitgeteilt wird, daß diese Einkaufsgesellschaft in sehr großem Umfang durch Lieferungsverträge ihren Bedarf gedeckt habe, und daß endgültig festgestellt angegeben werden könne, daß die sächsischen Konsumvereine aus den abgeschlossenen Lieferungsverträgen in den Überschussgebieten mit der vollen Bedarfsmenge beliefert werden können.

Es wurde beschlossen:

1. die Regierung zu ersuchen, 500 Millionen Mark als Verfügungsgeld zur Beschaffung für Kartoffeln für die Gemeinden zur Verfügung zu stellen und von der Forderung der Übernahme der Bürigkeit durch Gemeinden und Kommunalverbände mit Rücksicht auf die täglich schwärmende Finanzlage der Gemeinden abzusehen;

2. die Regierung zu ersuchen, mit dem Reich und mit den Nachbarstaaten in Verbindung zu treten, um ungünstigen Aufkaufshandel, der die Preise über jedes angemessene Maß hinausübertreibt, zu unterbinden;

3. beim Reich und bei der Regierung darauf hinzuwirken, daß den Gemeinden Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit denen ein bestimmter Anteil von Kinderhemmitten, insbesondere die Erwerbslosen, die Sozial- und Kleinrentner, die Kriegsbeschädigten und Kriegsheimkehrer und die Empfänger von Fürsorgeunterstützung mit Kartoffeln zu einem vorbilligen Preise versorgt werden können.

Nach alledem ist deshalb an die Bevölkerung die Wohnung zu richten, von Samstags- und übermäßigen Deckungseinräumen abzusehen, weil einmal nach Lage der Gratebeziehungen hieraus kein Grund vorliegt und ferner die geordnete Versorgung zum Radikal aller Verbraucher dadurch nur erschwert wird. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb auch einzelnen Organisationen, z. B. Betriebsräten usw., eine befahrene Auslandserkundung verweigert.

Durch die vorliegenden Mitteilungen erfährt die gestern veröffentlichte Meldung über Neuverträge des Bürgermeisters Dr. Schäfer-Schmid in der Löbauer Stadtgemeindeberatung zur Kartoffelversorgung eine richtigstellende Ergänzung.)

II. Butterversorgung

Zur Frage der Butterversorgung sagte der frühere Seiter der Butterversorgungsstelle Sachsen, Schleicher, Dresden, daß der Auslandzucker zum Verbrauch für die Bevölkerung als Milch-, Käse- und sonstiger Süder reserviert bleiben muß, und daß die zu verarbeitende Industrie, namentlich die Schokoladen- und Konditoreien, respekt auf Auslandzucker verwiesen werden sollen. Das Wirtschaftsministerium will für den Auslandzucker die restliche Produktion auf die Bevölkerung wieder einführen, um eine gerechte Verteilung auf die Bevölkerung sicherzustellen. Auch die anderen Regierungen sind diesem Gedanken des sächsischen Wirtschaftsministeriums nähergekommen. Bei der Durchführung dieser Regelung würde künftig Auslandzucker in den Geschäften überall nicht zu kaufen sein und lediglich Inlandzucker, und zwar zu Landpreisen, zur Verfügung stehen.

III. Brüderversorgung

Der aus der Presse bekannte gewordene Beschluss des Reichsausschusses vom 18. September, durch den er sich für eine Erhöhung des bereits festgelegten Preises für das erste Drittel der Butterreserve habe, wurde von allen Seiten heftig bekämpft. Es wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages untersagt

der Staatsregierung darin, daß es hinsichtlich des Preises für das

dritte Drittel des Umlagegebreites bei den vom Reichstag beschlossenen Bestimmungen verbleiben muß.

2. Er ersucht die Staatsregierung, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß keine weitere Verschlechterung des Preises eintritt und daß die Regierungen jede weitere Preistreiberei verhindert ist durch die Gestaltungsfesten gerechtfertigt ist, verhindert.

IV. Preisprüfungsstellen

Endlich erschaffen die Vertreter der Regierungen Bericht über die Tätigkeit und die Aufgaben der staatlichen und örtlichen Preisprüfungsstellen, wobei auf der Versammlung darauf hingewiesen werden ist, daß die örtlichen Preisprüfungsstellen nur ungenügend arbeiten. Einziglich des außerordentlich wichtigen Problems des Wiederbeschaffungsbreiches bestand seine volle Einigkeit. Man erkannte an, daß der Handel unbedingt nachgelassen sein muß, in den Zeiten der jüngsten steigenden Bedenkmutter für seine Waren einen Verkaufspreis zu nehmen, der ihm die Abschaffung der nächsten im Einkaufspreis höheren Ware gestattet. Der Standpunkt des sächsischen Wirtschaftsministeriums ist der, daß der legitime Handel das neue Durchschnittspreis zwischen den alten und den neuen Waren eingetragen wird. Nur dadurch kann Warenmangel und damit verbundene Preistreiberei auf der einen Seite und soziale Streiche der Industrie, der es auf Autoträger fallen würde, und im Zusammenhang damit eine Arbeitslosigkeit vermieden werden.

Stadt-Chronik

Die Not der Gehesituation

Die Gehesituation, ein Stolz der Stadt Dresden, ist in Not! Seit fast 40 Jahren ist sie ihrer vom Stifter gegebenen Aufgabe, sozialwissenschaftliche Bildung zu verbreiten, getreu gewesen. Erhaben über alles Parteidienst hat sie einem jeden, der es mit seiner politischen Aus- und Weiterbildung ernst nahm, die Mittel an die Hand gegeben. Durch ihre wissenschaftlichen Vorträge aus dem Gebiet der Volkswirtschaft, der Finanzwissenschaft, Jurisprudenz, Geschichte usw. hat sie nicht minder wie durch ihre umfangreiche Bücherei aus den einschlägigen Gebieten und durch den reich ausgestatteten Leihsaal zur Lehre mehr beigebracht, als es in andern Orten von ähnlicher Größe geschah. In großzügiger Weise waren alle ihre Darbietungen unentgeltlich.

Dies wurde insofern verhängnisvoll für die Gehesituation, als sie außerstande war, ihr Einkommen zu erhöhen, also nur auf die festen Zinzen angewiesen war, deren Haushalt jetzt in katastrophaler Weise gesunken ist. Für die Gehälter der Beamten und die Ruhesstandsbezüge der inzwischen als geworbenen Dozenten reicht die Gemeinnahme nicht aus, so daß auch für die eigentlichen Aufgaben nichts übrig bleibt und die Gehesituation zum Erlegen verurteilt sein würde, wenn nicht die Deffentlichkeit zur Aufbringung der Mittel sorgt. Staat oder Stadt, die beidergleichen idealen Nutzen von ihr gezogen haben, ideinen und in erster Linie moralisch verpflichtet zu sein, für die Weiterführung des Bildungsbereiches einzutreten. Verhandlungen über die Erhaltung der Bibliothek durch Angliederung an die Stadtbibliothek können aussichtsreich zu sein, der Reichstag, wo man sich täglich über alle politischen Fragen durch die Hochschulstudenten unterrichten konnte, würde darüber verfügen und die lehrreichen Vorträge könnten wieder beginnen, wenn es gelingt, Quellen zu erschließen, die die Weiterführung ermöglichen.

Wenn man vielleicht auch die Hoffnung haben kann, daß die Bibliothek einigermaßen, soweit Volkswirtschaft, Finanzwissenschaft, Soziologie usw. in Betracht kommt, auf dem laufenden erhalten werden kann, vielleicht mit Hilfe des sächsischen Freunde im Ausland und Freunden der Gehesituation im Inland, so ist doch kaum eine solche Unterstützung für die Dozenten- und Angestelltenhäuser von einem breiten Kreise Dresdner, dessen Stadtvertretung sich daher auch dazu verstehen sollte, einen nachhaften Beitrag dazu in seinem Haushaltstum einzustellen.

Das Problem der Kinderreichen

Neben den Kriegsopfern und den Sozialrentnern sind es vor allem die kinderreichen Familien, die in Zeiten wie den gegenwärtigen einen ganz besonderen Schwierigkeitskampf ums Dasein zu führen haben. Die gemeinsame Not hat zum Zusammenschluß der Kinderreichen, gleich viel, ob dem Arbeitervolk, dem Beamtenamt oder dem Gelehrtenstande angehörende, geführt. Innerhalb dieser Zeit ist eine starke Organisation, der Bund der Kinderreichen entstanden, die allein in Dresden schon weit über 2000 Mitglieder zählt. Die am Dienstag eben von der Organisation nach den Namenlosen Hochspof, einhergehende Versammlung, war von Männern und Frauen gleich stark besucht. Zweck der Versammlung war, über Maßnahmen zugunsten der Kinderreichen einzutreten, es immer entzückender werden den Teuerung zu verhindern.

Die Raudup-Wirtin

Romane von A. Blaumann

Übersicht aus dem Bettischen vom Verfasser

Da läuft die Raudup-Wirtin schnell ihre Bluse ringsumherum. Kommt dort nicht jemand den Weg vom Tal heraus? oder dort vom Waldrande her? Nein, niemand... Ein gräßliches Feuer blickt in den Augen der Wirtin auf. Sie reift das Tragholz von den Schultern, hebt es in die Höhe — nein, sie läuft dasselbe wieder sinken... möge Gott geschehen lassen, was er will.

Die Raudup-Wirtin denkt an Gott, und in diesem Augenblick verfließt der kleine Matihs im Brunnen. Eine Schwäbe taucht aus dem Blau des Himmels herab, schlägt die Flügel nah über den Kopf der Wirtin zusammen, stöhnt ein lautes „Quiquiri!“ aus und verschwindet.

„Da liegt er nun in der Tiefe des Brunnens und lacht und singt.“ „Ja,“ liebt er nun so, wie du ihn lachst nicht daran, Wirtin, weshalb lachst und jubelst du nicht — weshalb bist du so bleich? Du glitzert — starrt Frau, schöne Käthe, dein sein wird? Denke jetzt nicht an Käthe, denn baran, wie du deines Kindes Tod der Welt mittlen sollst... Laufe aus das Feld, löse dein Haar auf, daß dein Gesinde es bereits von weitem flattern sieht, und füch auf die erschütternde Nachricht vorbereitet, erzähl, daß der kleine Matihs in den Brunnen gefallen und ertrunken ist während du im Hause arbeitetest, ringe deine Hände, jammere und weine — weine, wenn du es vermagst...“

Die Stube der Raudup-Wirtin ist mit gehackten Zinnentieren ausgekleidet und mit Lannenzweigen ausgekleidet, in der Mitte derselben steht ein kleiner weißer Sarg, und in dem Sarge ruht ein Kind mit schmalen, blässlem Gesichtern. Der Traum der Wirtin hat sich sowohl buchstäblich erfüllt. Aber am Fenster steht kein Käthe und winkt mit der Hand — Käthe ist mit seinen Wirten zur Stadt gefahren und kaufst dort für seinen Liebling, während zu Hause für ihn Totenlieder gesungen werden, ein Pferdchen aus Pappe. Erst auf dem Heimweg erfährt er das Unglück. Er will es kaum glauben und eilt zum Raudup-Gesinde, um die Bestätigung desselben aus dem Munde der Mutter zu vernehmen. Und nachdem er alles erfahren, kann sich der sonst gerade nicht gefühlvolle Käthe der Tränen nicht erwehren. Die Raudup-Wirtin weint auch. Sie steht dabei so unfähig elend und niedergeschlagen, daß Käthe sich nicht entscheiden kann, sich zu ihr zu setzen, ihre Hand zu ergreifen und ihr Trost zuzubringen.

Dann vergehen zwei Monate, daß sie sich nicht leben.

Unter allzeitigem Gefall sprach als erster Redner Oberlehrer Mehnert. Mit Stärke führte er aus, daß die Kinderreichen statt der vielfach bestehenden Verachtung Beachtung und Achtung verlangen können. Härter denn je noch gegenwärtig die Not am heutigen Tüte. Je mehr Kinder, umso eher pliezen die Familien ins Elend hinab. Leider geht vielen Volksangehörigen noch das Verständnis für die Lage der Kinderreichen ab. (Auch noch manchen Debatte ergab! D. Ver.) Dieselbe Fürsorge, die gegenüber den Sozialrentnern und Kriegsopfern geübt werde, müßte auch für diejenigen verlangt werden, denen die Hoffnung des kommenden Geschichtsabschluß obliege, denn Kleinrentner, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kinderreiche bildeten eine Linie der Kinderhemmitten. Ein Kindreicher habe nicht einmal, sondern entsprechend seiner Kinderzahl viele Male die Teuerung zu tragen. Dabei tragen die Kinderreichen die meisten Verbrauchssteuern. Was man ihnen an direkten Steuern erlaubt, müssen sie an indirekten Steuern mit beiden Händen wiedergeben. Auch die Kinderreichen müßten umbedingt ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse im beobachteten Maße betrieden können. Der Kinderschind müssle fünftig mit ein Wohlstand der heutigen Leistungsfähigkeit sein, die Entlastung der Kinderreichen entsprechend der Kinderzahl höher erfolgen.

Dann sprachen noch sieben Redner. Frau Söller ergab, daß die Furcht vor der Mutterhaft ihre Hauptursache in der großen wirtschaftlichen Not der Kinderreichen hat, denn vielfach bedeute heute das Leben einer kinderreichen Mutter nichts anderes, als ein langjähriges Verfolgen. Die Kinderreichen — so erklärte sie — fordern nicht Almosen und Geschenke, sondern ihr gutes Recht, sie wollen so gefilzt sein, daß sie nicht Rauhbar an ihrer Gesundheit treiben müssen, sondern ihren Kindern die gleiche Pflege und Erziehung gewähren können, die den Kindern aus kinderarmen Familien zugeteilt wird. Die Lösung des Problems der Kinderreichen finde den Schlüssel für unsre Kultur.

Die nachfolgenden Redner legten dar, wie die Kinderreichen nicht mehr hindringen, ihre Kinder auswährend zu ernähren und zu kleiden und wie sie unter den Steuerzahler fast zusammenbrechen. Ein Herr Ohendorf, der sich übrigens auch darüber beschwerte, daß die Gewerbeschöffen den Kinderreichen noch nicht das rechte Verständnis entgegenbringen, behandelte die Fragen des Soziallohnes, die Errichtung von Ausgleichsstufen und der Durchführung der Abwesenheitsförderung. Ein anderer Redner wies darauf hin, daß die höheren Schulen jetzt nur für die Reichen und die Schieberländer da seien. Wenn das Wort von der freien Pädagogik für die Lüdigungen nicht zu bloßen Phrasen werden solle, müsse die Schul- und Lernmittelsfreiheit auch bei den höheren Schulen eingeführt werden.

Der letzte Redner Dr. Herzfeld gab seine Erklärungen als Art zum besten. Auf 20 Pflichten kommen zur Zeit im Durchschnitt eine normale Geburt. Die Kinderabtreibungen seien bei uns schon zu einer Volksstörung geworden. Die herauszuführenden Todesfälle seien viel größer als die Abgangsrate. Es sei allerdings eine Zeit, die mit der wirtschaftlichen Verhältnisung der stärkste Auswandern werde.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß in diesen Zeiten außerordentliche Not auch außerordentliche Hilfsmaßnahmen eingeschlagen müssen. Das in Art. 119 und 116 der Reichsverfassung den Kinderreichen zugeloste Anrecht auf ausgleichende Fürsorge seitens des Staates und der Gemeinden und auf eine ausreichende Wohn- und Wirtschaftshilfe in starker Weise nicht länger auf seine Verwirklichung warten lassen. Bei Brotzeit sei niemandem gedient, am wenigsten den Kinderreichen, so schwer endlich Zaten.

Mangelnde Straßenbahnhaltwarte

Eine Vorzeitung berichtet es mit Stärke als einen empfindlichen Nachteil, daß am Anfang der städtischen Straße der Linie 22, an der Hobzburger Straße, ein Unterflurkasten errichtet wurde. Bei den langen Abständen der Wagenfolge ist das Verstellen im freien bei jedem Wetter ein großer Unbehagen, besonders für ältere Leute. Ein Standort ist nicht am Platz, wie meistens an andern Hochstellsstellen, wo man leichtlich die abschaffbaren Wagen bestiegen kann. Ohne jeden Schuh und ohne Sitzgelegenheit ist das vor Abgang des Wagen nach dem Blauenischen Grund ankommende Haltestell längere Zeit im Freien zu vermeilen gezwungen. Diesen Mangel möchte abgeschafft werden durch Aufstellung eines Wartehäuschen. Platz hierfür ist vorhanden auf dem kleinen Schmuckplatz an der Wienerbrücke. Wenn nach Hochlegung der Eisenbahn in Alzplauen die Linie 1 auch bis über die Wienerbrücke weitergeführt wird, dürfte eine Wartehalle noch größeres Bedürfnis werden. Räumen doch dann drei Linien in Beiz und zwar die 1, 22 und die Ein-Mann-Straße nach der Bergmannstraße. Wenn man schon seit Jahren am Blauenischen Platz — einer einfachen Durchgangsstelle — eine Unterflurkasten gelegenheit für Straßenbahngäste unterhält, sollte man auch den viel lebhafteren Bereich von und nach dem Blauenischen Grund berücksichtigen.

Straßennamenänderung. Der Rat macht jetzt bekannt, daß er beschlossen hat, den Altmühlplatz Räthenauplatz und die Friedrich-August-Brücke wieder Augustusbrücke zu benennen. — Die Könige, König, Königin, Kaiser und Prinzessin werden bei bestehenden Straßenbenennungen weggelassen. Daraus werden folgende Straßen betroffen: Kaiser-Wilhelm-Platz, Kaiser-Wilhelm-Straße, König-Albert-

und Morote, welche die Raudup-Wirtin der Frau um den kleinen Matihs geweiht hat. Während dieser Zeit ist aus der trostlosen Mutter allmählich eine lebensfröhliche Witwe geworden, der man es nicht ansieht, welch schweren unerträglichen Verlust sie vor so kurzer Zeit erlitten. Bloß als sie wieder eines Tages vor dem Spiegel steht und das graue Seidentuch mit den roten Blumen um den Kopf bindet, bemerkst sie, daß zwei neue Falten auf ihrer Stirn entstanden sind. Sie zieht das Tuch tiefer ins Gesicht, zieht sich an und führt zum Gottesdienste.

Dieselbe jedoch steht Käthe nicht auf dem Hochfest, und als die Raudup-Wirtin das Haus betreten will, kommt ihr ein altes bußiges Weib entgegen. „Könntest wohl auch einen Augenblick mit deinem Herauskommen gewartet haben,“ denkt die Wirtin, denn ihr fällt ein, daß eine Tocht oder ein Sohn dann mitkommen, wenn die erste in den Weg tretende Person eine Frau ist.

Und ihre Tochter ist wirklich ausgelaufen. Käthe ist nicht zu Hause. Gestohlt, wo er sei, antwortet die Gothis-Wirtin: „Er ging heute morgen zum Gerichtshaus. Der Stunnen des Schreibers ist eingestürzt und muß gerettet werden.“

„So,“ sagt die Raudup-Wirtin, heißt die Bähne aufeinander und spricht nicht mehr von Käthe. Nach einer Weile fährt sie davon.

Einige Tage später wird der alljährliche Herbstmarkt des Gebietes abgehalten. Die Raudup-Wirtin hofft Käthe auf dem Markt zu begegnen und sich mit ihm auszutauschen.

Der Markt ist sehr groß und die Raudup-Wirtin sucht lange Zeit vergebens nach Käthe. Endlich erblickt sie ihn.

Er steht auf der andern Seite der Landstrasse, am Ende des Marktes, am Rande eines Richtenwaldhofs, und spricht mit einem andern Burschen. Wie sich Ihnen die Wirtin nähert, entfernt sich der fremde Bursche, und die Raudup-Wirtin ist, wie sie es wünscht, mit Käthe allein.

„Dich habe ich aber suchen müssen,“ sagt sie, ihm die Hand reichend. „Es scheint, du bist losen erst angekommen.“

„Oh,“ verkündet Käthe, „das nicht. Könnte ich denn bereits so betrüten sein, als ich es bin, wenn ich soeben erst ge-

(Fortsetzung folgt.)

Allee, König-Albert-Viertl., König-Albert-Wall (Stadtteil Kleingörlitz), König-Albert-Straße, König-Friedrich-August-Straße (Stadtteil Lößnitz), König-Ludwig und Weißer Kirche, König-Georg-Allee (Stadtteil Lößnitz), König-Johann-Straße, Prinzess-Bülow-Straße (Stadtteil Lößnitz), Prinzess-Bülow-Straße (Stadtteil Lößnitz und Neustadt). — Die wegen der doppelten vor kommenden Namen notwendigen Umbenennungen werden nach Gebur der zuständigen örtlichen Verwaltungsbüros erfolgen, worauf die endgültigen Maßnahmen (Befestigung der Schilder usw.) durchgeführt werden.

Mitteilungen aus der Gesamteinführung am 19. September. Die Dienstzeit in den städtischen Geschäftsstellen wird, solange die ungeteilte Geschäftzeit beibehalten bleibt, auf 7 bis 8 Uhr im Sommer und 8 bis 4 Uhr (Sommerends 8 bis 8 Uhr) im Winter festgelegt. — Die Direktionsstelle der Gewerbeschule überträgt man den Ministerialreferenten für Gewerbeschulwesen Regierungsrat Steinbring in Stuttgart; die voraußichtlich Ostern 1923 freiwillig Rektorstelle des Bettiner Gymnasiums dem Leiter der staatlichen Nachrichtenstelle Oberregierungsrat Dr. Goebel. — Die Stadtverordneten hatten eine Erhöhung der normalen Steuerzölle für kinematographische Vorstellungen um 50 Prozent, für Eintrittspreise bis zu 30 M. (Vorstellung des Rates: bis zu 25 M.) beschlossen. Dem abweichenden Beschluss der Stadtverordneten wird zugestimmt. — Die erneuten Preis- und Gestaltungsteigerungen machen eine Erhöhung des Zäsurenpreises bei den städtischen Volksbüchern vom 1. Oktober an nötig. Die Vorschläge der Bürovorwaltung (im allgemeinen 100 Prozent Erhöhung) werden genehmigt. — Dem entwesenden Vorschlag der Bürovorwaltung zur Abstimmung wegen Erhöhung des Gemeindebeitrages zur Wohnungsaufgabe, wonach der Zufluss nach dem Augungewert gestaffelt mit 40 bis 75 Prozent erhöhen werden soll, wird zugestimmt.

Verpachtung der Sandgesteins-Schiffswerft. Wie ein Vorortblatt erfahren haben will, ist die Schiffswerft der Sachsen-Böhmisches Dampfschiffahrtsgesellschaft auf 89 Jahre an die Neue Deutsche-Nördische Schiffahrtsgesellschaft verpachtet worden, die sie mehr als bisher zu Neu- und Umbauten und Ausbesserungen von Dampfbooten und Schleppern verwenden will. Daher sollen auch eine Reihe neuer Angestellter (Ingenieure, Schiffbaumeister usw.) gewonnen werden sein. Auch werden an den Werkanlagen Verbesserungen und Erweiterungen vorgenommen. So ist bereits eine neue Gleisvorrichtung an der Uferböschung fertiggestellt.

Rentenzahlung beim Postamt 29 (Vorstadt Cotta). Von 29. September an werden die Renteien an den beiden Hauptabholstellen im Monat im Gesellschaftssaal der Gohlwirthaus zur Goldenen Krone, Grillparzerstraße 26, gezahlt. Die Zahlstellen sind dort wie bisher vormittags von 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr geöffnet. Eingang nur durch den Hof.

25 Jahre Solportenarin der Dresdner Volkszeitung ist dieser Tage die Genossin Kaud, Niedereu. Wie dankten der Genossin für ihre außerordentliche Dienstzeit und würdigten, daß es ihr noch lange Jahre vergeben sei möge, ihre Stärke in den Dienst unserer Volkszeitung zu stellen.

Gehaltsnahme eines Dresdner Bauführers. Durch Beamte der Fremdenkontrolle wurde in einem Dresdner Hotel der Bankbeamte Walter Berndold aus Dresden festgenommen, der vor zwei Monaten einer Dresdner Bank ausländisches Geld im Werte von über 800 000 M. unterstellt hatte. Der Leitender reiste darauf von Dresden nach Berlin, später nach Amsterdam und dann wieder zurück nach Deutschland. Am Wiederantritt in Bergbaubau Dresden aus gekommen. Das unterschlagene Geld hat er nahezu vollkommen verbraucht, da er ein sehr sattes Leben führte.

Autoraseriel. Durch überraschend schnelles Fahren eines Autos geriet am Dienstag, nachmittags gegen 5 Uhr, an der Ecke Gewandhausstraße-Kirchstraße ein Radfahrer in Lebensgefahr und wäre zweifellos überfahren worden, wenn er nicht die Steifegegenwart besessen hätte, sein Rad herumzuwerfen. So wurde nur dieses, eine fast neue Tourenmaschine, zerkrümmt. Da gerade ein Kriminalbeamter Zeuge des Vorfalls war, konnte der unvorsichtige Auto-

Am 20. September verschied nach kurzen Krankenliegen meine liebe Mutter, unter gute Tochter und Schwester. 1970
Frau Elsa Förster geb. Seibig
Gärtnerin und Dienst, den 20. September 1922.
Der Verluste und Hugo Förster mit bestem
Mitglied 3 Uhr auf dem Friedhof Friedhof

Heizer gesucht!

Wir suchen einen erfahrener Mann als Heizer. Der gleiche soll die Warmwasserleitung verarbeiten und kleine Arbeiten am Bohl- und Wasserleitung in den Häusern ausführen können. Beste, annehmende Bestellung, möglichst Wohnung in der Nähe erwünscht.

Dresdner Volkshaus
Die Verwaltung.

**Erfahrener Monteur
oder Meister**

zur Errichtung einer Maschinenanlage für Holzstapelfabrikation gesucht.

Bei Interesse unter P. W. 100 an die Ge-
genüber dieses Blattes erhalten.

Blumenarbeiterinnen
Runden bauernde u. gutlohnende Beschäftigung
in besserer und einfacheren Säuden bei
Frau Anna Schmidt, Lausa
Bautzener Straße 39. 11243

Blumenarbeiterinnen
Runden bauernde und entlohnende Beschäftigung
in besserer und einfacheren Säuden bei
Frau Ella Schladitz
Dresden-N., Gehrstraße 1, II. 11243

Röselarbeiterinnen
Arbeiten bei gutem Gehalt. Gehalt
für Zeit mitschriften. Die werden vom 8-8 Uhr
bei Major, Semperstraße 2, 3. 11243

Einwohner Löbtau und Umw.
Vorteilhaft kaufen Sie Ihre
Herren-Garderobe

im
Privatgeschäft von Fritzsche
Grumbacher Str. 20, ab Buntkunst.
(Zahlungserklärung nach Übernahme)

Briesnitz. Bekanntmachung auf die Briesnitzer
Wohlfahrtskasse (seine Familien-
Literatur nimmt einzogen
Reisekosten Ernst Molde, Weimarer, 8. vor).

Unsre verehr. Postabonnenten

(Vierteljahrsabonnement)

ersuchen wir ebenso höflich als dringend, den Differenzbetrag zwischen dem bezahlten und dem tatsächlichen Bezugspreise für das 3. Vierteljahr 1922 in Höhe von 84 M. uns umgehend auf der vor einigen Tagen der Zeitung beilegenden Zahltarife einzusenden.

Die Expedition.
Postcheckonto Nr. 1268, Kaden & Comp., Dresden.

unschriftlich festgestellt werden; es ist ein Müllenselbst aus Dobritz bei Meißen. — Leiderlich wird von der Stadtverwaltung schon seit langem gelingt, daß die in den Hauptstraßen aufgestellten Schuhmäppchen solche Material ungestraft vor sich geben lassen.

Selbstmord. In einem Hause der Löherstraße wurde am Mittwoch nachmittag eine dort wohnende Baymacherin mit Gas verstürtzt aufgefunden. In Schwermut verfallen, hatte sie Hand an sich gelegt. Von Wiederbelebungsversuchen wurde abgezogen.

Ein brennender Wagen. Mittwoch abend wurde die Feuerwehr nach dem Olitz-Ufer alarmiert, wo ein mit Gas beladenes Fuhrwerk durch Selbstentzündung in Brand geraten war und abgeladen werden mußte.

Betriebsausfall. Am Mittwoch nachmittag verlegte sich beim Abholen von Steinen im Grundstück Weidener Straße 34 der 66 Jahre alte, in der Fürstenstraße 29 wohnende Stephan Würschel so schwer am Bein, daß er mit Unfallwagen dem Krankenhaus Johannstadt zugeführt werden mußte.

Frischer Einbruch. Am Nachmittag wurde am Dienstag zum Mittwoch nachmittag verlegt sich beim Abholen von Steinen im Grundstück Weidener Straße 34 der 66 Jahre alte, in der Fürstenstraße 29 wohnende Stephan Würschel so schwer am Bein, daß er mit Unfallwagen dem Krankenhaus Johannstadt zugeführt werden mußte.

Die Oktober-Miete in Dresden
Der Rat veröffentlichte soeben die Bestimmungen über die Höhe des Mietzinses für die Zeit vom 1. Oktober 1922 an. Danach haben nunmehr 98 Prozent der Mietensmiete die Grundmiete.

Zur Grundmiete treten folgende Zuschläge (ausgedrückt in Hundertstagen der Grundmiete): 1. Für Erhöhung des Quartiersmietzinses 10 Prozent, 2. Für Betriebszölle (einfachlich 20 Prozent Betriebszölle) 820 Prozent, 3. Für laufende Instandsetzungskosten 300 Prozent, 4. Für große Instandsetzungskosten 75 Prozent. Somit kommt auf Antragszins zur Grundmiete 705 Prozent. Die Miete 1,50 (nicht der Zuschlag) beträgt also unter Berücksichtigung von 100 Prozent Grundmiete 805 Prozent der Grundmiete.

Aus dem Barteileben
Betriebsvertragsmänner der S.P.D.

Stundenlohn - Quittungsblock

Kennen von unseren Betriebsvertragsmännern zur Qualifizierung des Stundenlohnes in den Betrieben im Bezirksschrein. Berliner-

Zeitung für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Mohrmann;

für Sachsen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzapfel sämtlich in Dresden; für den S. Kreis und Rosales aus Reichenbach: Michael Schmidt. Wilsdruff; für den Innerkreis: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden.

Wettervorhersage für den 22. September

Wetterlage von der Sachsischen Landeswetterwarte

Weiterhin recht wechselnde Bewölkung, zeitweise etwas Regen, Temperatur wenig veränderlich.

Wetterlage: Der gestern in seinem Genuß über Staatsministerium

liegende Tiefdruckmörke ist schwach abgezogen und kommt für uns nicht mehr in Betracht. Unter dem Einfluß des nachdrückenden hohen Drudes,

der heute Frankreich und den größten Teil Deutschlands bedeckt, ist bei uns teilweise Küstläufen eingetreten. Wir wissen jetzt an-

beteiligt, wird jedoch die Wetterlage des Wetters nur vorübergehend sein, da im Westen der Aufwind wiederfällt und auf das Getanach einer neuen Siedlung deutet. Die Temperaturverhältnisse werden sich vorläufig wenig ändern. Es ist daher weiterhin mit unbeständigem Wettern, stark wechselnder Bewölkung, zeitweise auch Regen zu rechnen.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Mohrmann;

für Sachsen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadt-

chronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzapfel sämtlich in

Dresden; für den S. Kreis und Rosales aus Reichenbach: Michael

Schmidt. Wilsdruff; für den Innerkreis: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden.

ab 10. 1. abgeholt werden. Die Genossen werden erachtet, um Abholung die Begleitumsatzsteuer für Vertragsmänner oder ihr Parteimitgliedsbuch mitzubringen.

Das Bezirksschrein der S.P.D.

Jungsozialisten Alstadt. Sonnabend den 28. September, abends 7 Uhr, in der Weißen Schleife, Bettinerstraße. Diskussions-
abend. Wichtige Gruppenangelegenheiten.

4. Unterbezirk

Kreisfeierabend

Sonnabend, 30. September, nachm. 5½ Uhr, im Volkshaus, Saal 1 Dresden-N., Gruppen 1-6 und Waldschlößchengruppe. Freitag, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen.

Gruppenversammlungen

Gruppe 1. Vortrag des Genossen Heidler über: Die neue Welt.

Gruppe 2. Vortrag der Genossin Schönfelder über: Wohlfahrtspflege und Weltanschauung.

Gruppe 3. Vortrag des Genossen Dr. Ulrich.

Gruppe 4. Vortrag des Genossen Dr. Ulrich.

Gruppe 5. Vortrag des Genossen Schiller über: Die wirtschaftliche Lage.

Gruppe Waldschlößchen. Vortrag des Genossen Jäger über: Wirtschaftsfrage.

Bezirk Trachenberge. Freitag, 8 Uhr, im Vergleichsmeisterei: Vortrag des Genossen Grubel über: Der zum sozialen Willen notwendige Eigenwill als Grundlage der Politik.

Bezirk Wehlen. Freitag, 8 Uhr, im Richter Restaurant: Vortrag des Genossen Gastan über: Wirtschaft und Recht. Staat und Polizei einst und jetzt.

Genossen und Genossinnen! Es steht alle in den Gruppenversammlungen! Der bevorstehende Wahlkampf muß uns alle auf dem Posten finden. Deshalb findet euch in den Zusammenkünften ein, um Material und Anregungen zu empfangen.

6. Unterbezirk

Gesamtbund. Sonnabend, abends 7½ Uhr, Mitglieder-
versammlung im Gasthof.

Striesen, Blasewitz, Tolkewitz. Sonnabend den 28. September, abends 7 Uhr, Arbeiterausschüttung im Restaurant zur Sonne, Schandauer, Ecke Weißeritzstraße.

Jungsozialisten Lößnitz. Naundorf, Görlitz. Freitag, abends 7 Uhr, im Café Weißeritz, Blasewitz, Ecke Lange Straße, Julianen-
kunst. Winklich erscheinen! Gäste willkommen.

Wettervorhersage für den 22. September

Wetterlage von der Sachsischen Landeswetterwarte

Weiterhin recht wechselnde Bewölkung, zeitweise etwas Regen, Temperatur wenig veränderlich.

Wetterlage: Der gestern in seinem Genuß über Staatsministerium

liegende Tiefdruckmörke ist schwach abgezogen und kommt für uns nicht mehr in Betracht. Unter dem Einfluß des nachdrückenden hohen Drudes,

der heute Frankreich und den größten Teil Deutschlands bedeckt, ist bei uns teilweise Küstläufen eingetreten. Wir wissen jetzt an-

beteiligt, wird jedoch die Wetterlage des Wetters nur vorübergehend sein, da im Westen der Aufwind wiederfällt und auf das Getanach einer neuen Siedlung deutet. Die Temperaturverhältnisse werden sich vorläufig wenig ändern. Es ist daher weiterhin mit unbeständigem Wettern, stark wechselnder Bewölkung, zeitweise auch Regen zu rechnen.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Mohrmann;

für Sachsen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadt-

chronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzapfel sämtlich in

Dresden; für den S. Kreis und Rosales aus Reichenbach: Michael

Schmidt. Wilsdruff; für den Innerkreis: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden.

Schuhbedarfssarikel- und Lederhandlung

Dresden-N., Jacobis, Ecke Augsburger Straße

empfiehlt zu noch lebendigen Preisen im

Ausschnitt seine Kernledersohlen

in verschiedenen Größen, nach wünschbarer Modell, wodurch man

besonders verdient. Gener Oberleider, Tisschnorleder und dergl.

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein A.G.

Lebensmittelabteilung im Residenz-Kaufhaus

Frischfleisch-Abteilung

In dieser Woche preiswert:

frisches Rindfleisch

Moulade ohne Zulage Psd. 150 M. Derbes

ohne Zulage Psd. 140 M. Gulaschfleisch

Psd. 140 M. Hochrippe Psd. 125 M.

Gewiegtes Psd. 120 M.

Fleisch geschossene

Nebhühner Stück 140 M.

11245

Sport • Spiel • Körperpf

